

Luke Gasser
Schlierenhölzlistrasse 2
6056 Kägiswil

www.lukegasser.com

Herrn Ständerat
Erich Ettl
Katzenrain 2
6064 Kerns

Kägiswil, 3. November 2023

Meine Erwiderung zu Deiner Antwort vom 26. Oktober 2023

Sehr geehrter Herr Ständerat
Lieber Erich

Besten Dank für Deine Rückmeldung auf meinen zweiten offenen Brief. Vielen Dank, dass Du einige meiner Fragen in dieser Rückmeldung beantwortet hast. Aber es ist Dir sicher auch nicht entgangen, dass Du nicht alle meine Fragen beantwortet hast. Unser Thema ist nun mal ein weites Feld, und es kommen laufend aktuelle Informationen dazu. Die Thematik erachte ich allerdings als sehr ernst, weshalb für mich eine Weiterführung dieses Informationsaustausches und Diskussion darüber unverzichtbar ist.

Vorbemerkungen

Vorweg einige Bemerkungen zu Deinen Äusserungen am Ende Deiner Erwiderung, in der Du in Abrede stellst, mir ausgewichen zu sein; Du hast auf meinen offenen Brief vom 12. Juni aber über mehrere Wochen (und am Ende über mehrere Monate) nicht reagiert; dabei wäre es einfach gewesen, mich etwa am Brünig Schwinget oder am Lungerer Seenachtsfest kurz anzusprechen und/oder wäre auch ein Anruf sicher nicht verkehrt gewesen; direkte und mündliche Kommunikation vereinfacht vieles und ich bin beileibe nicht dafür bekannt, dass man mit mir nicht vernünftig reden kann.

Du monierst, dass ich nicht zu Deinen Auftritten während der Wahlen gekommen sei; meine Fragen an Dich kamen aber drei Monate vor dem Wahlkampf. Ich habe also lange

vergeblich auf Deine Antworten gewartet. Dich dann an Wahlveranstaltungen mit meinen, wie Du selber bemerkt hast, vielen Fragen zu konfrontieren, wäre mir unpassend vorgekommen, denn ich würde Personen bei ihren öffentlichen Auftritten nicht gerne vereinnahmen. Das wäre sicher auch nicht in Deinem Sinn gewesen, einmal abgesehen davon, dass man so komplexe Fragen an solchen Veranstaltungen sicher nicht bloss beiläufig auf Strassen und Plätzen abhandeln kann. Zudem irritiert es mich, dass Du offenbar glaubst, dass ich mich Dir gegenüber diesbezüglich in einer Bringschuld befinde.

Meine Sicht der Dinge habe ich Dir in meinem Letzten Schreiben ja ausführlich dargelegt. Auf einige meiner Fragen hast Du, wie schon erwähnt, am 26. Oktober nun doch noch mit einem Brief mit zahlreichen Anhängen geantwortet. Dafür danke ich Dir ganz herzlich. Es ist übrigens nicht so, dass ich, egal, was Du schreibst, die Antworten quasi prinzipiell als unbefriedigend erachte. Wenn ich zu meinen Fragen an Dich von Dir aber statt einer persönlichen Stellungnahme (und diese Erwartung machte ich in meinen Schreiben eigentlich deutlich) vor allem eine Unmenge Links und Dokumenten erhalte, die ich zum Teil bereits kenne oder deren Behauptungen inzwischen eigentlich widerlegt sind, Du Dich aber mit eigenen Auskünften zurückhältst, dann bin ich nicht zufrieden und sage das auch und frage eben noch einmal nach. Dass darum an diesem Punkt Deiner Meinung nach die Diskussion beendet sein soll, verstehe ich nicht. Aber ich verstehe, dass Du anderes gewohnt bist: Die meisten Medienschaffenden lassen es heute ja meistens bei einer kurzen kritischen Frage bewenden und haken nicht nach, selbst wenn die Antwort vieles offen lässt.

Darum kann ich es auch bei Deiner nun eingetroffenen Rückmeldung nicht bewenden lassen, denn abermals schickst Du mir Anhänge ohne Ende, Deine persönliche Sicht zu meinen präzisen Fragen an Dich jedoch fehlt abermals in weiten Teilen. Ich schlage gerade deshalb vor, dass Du Widerspruch nicht als Ende der Diskussion wertest; vielmehr sollte es Dich beflügeln, Dich klarer und persönlicher auszudrücken. Und wenn jemand Deine eigene Meinung hören will, ist das doch gut, oder?

Zu Deiner Auffassung Deiner GSK-Präsidenten-Rolle

Für Deine Lektionen in Demokratie bin ich Dir natürlich überaus dankbar, bloss: niemand verlangt von Dir, anderen einfach Recht zu geben (und derartiges suggerieren meine Schreiben auch in keiner Art und Weise, zumal sie ja Fragen beinhaltet haben). Aber in unserer Demokratie haben wir institutionell so eingerichtet, dass das Volk jene Vertreter/innen wählt, von denen es denkt, dass sie am besten argumentieren und streiten können. Wir wollen also Erich Ettl, nicht die Meinung der Bundesverwaltung oder der anderen Kollegen hören. Damit tust Du Dich offensichtlich schwer, denn Deine Antwort vom 12. Mai und auch die aktuelle vom 26. Oktober erwecken den Eindruck, dass Du Dich hinter den Vorgaben der Bundesverwaltung und des politischen Common Sense zu verschanzen suchst. Das ist zwar de jure legitim, aber de facto dann doch etwas zu einfach, denn wenn sich alle 246 Parlamentarier/innen so verhalten würden, wäre ein Parlament obsolet; die ganze Arbeit könnte von einer Exekutive mit dem Beiziehen der Bundesverwaltung erledigt werden.

In Bezug auf Deine Rolle als Präsident der Kommission für Gesundheit und soziale Sicherheit GSK verweist Du auf (Zitat) *«ungeschriebene Gesetze»*; da beginnt bereits das Problem, denn offenbar scheint es im Politbetrieb mittlerweile eine ganze Anzahl ungeschriebener Gesetze zu geben, die Unzulänglichkeiten, Fehler oder auch generell einen Mangel an Zivilcourage zu entschuldigen suchen. Es gibt allerdings ein durchaus geschriebenes Gesetz, nämlich, dass sich gewählte Volksvertreter/innen an ihren Amtseid zu halten haben, der m. W. sehr klar verlangt, sich mit eigener Kraft in den Dienst der Sache zu stellen und bei sich einstellenden Zweifeln von der Exekutive mit Engagement Klarheit zu fordern. Wenn in euren Kommissionen der Präsident aber lediglich der Grüssaugust einer Kommissionsmehrheit ist, scheinen die Dinge ziemlich durcheinander geraten zu sein, denn als Präsident bist Du doch eigentlich das Gesicht dieser Kommission und verkörperst in entsprechender Weise die nötige Autorität. Es darf Dir auch deshalb nicht egal sein, wenn Dein Kollege Jositsch in der SRF-Arena in seiner Funktion als Ständerat populistische und vor allem unwahre Feststellungen raushaut. Auch wenn er das Recht hat, seine Meinung zu äussern - unwidersprochen darfst Du ein derartig unprofessionelles Verhalten nicht stehenlassen und Du wärst als Gesundheitspolitiker gehalten, solchen billigen Populismus öffentlich adäquat zu kommentieren - es sei denn, die Glaubwürdigkeit der Politik spielt tatsächlich keine Rolle mehr.

Es gibt zudem kein geschriebenes Kollegialitätsprinzip in Kommissionen - höchstens vielleicht das Prinzip des Kommissionsgeheimnisses, das inzwischen aber in zunehmendem Mass strapaziert wird und immer häufiger (und dies zum Teil wahrscheinlich sogar beabsichtigt) die demokratischen Diskussionen erschwert oder gar verunmöglicht.

Obwohl gerade in dieser Zeit und den anstehenden Problemen die Kommission für Gesundheit und soziale Sicherheit SGK gefordert ist wie selten zuvor, scheint diese Kommission aber kein Gesicht zu haben. Du erscheinst kaum öffentlich, Du nimmst selten bemerkbar Stellung und Du stellst Dich - offensichtlich - sehr ungern einer heiklen Diskussion, obschon genau das Dein Auftrag als Volksvertreter wäre. Das jedenfalls ist mein Eindruck und ich weiss, dass ich mit diesem Eindruck nicht alleinstehe.

Corona: Zu Deiner konkreten «Zusammenfassung»

Zu Deinem Selbstverständnis

Du hast mir am 12. Mai 2023 Unterlagen geschickt, was es aus der SGK zu berichten gäbe. Allein, ich fragte Dich nach Deiner Meinung. Wie es nun scheint, deckt sich Deine persönliche Meinung offenbar stets und generell mit der offiziellen Meinung des Bundesrats. Es wäre deshalb vielleicht hilfreich, künftig Deine Verlautbarungen jeweils entsprechend zu deklarieren, etwa mit einem Nachsatz: *«Ich verzichte auf das Darlegen meiner eigenen Meinung, weil sich diese ohnehin stets und prinzipiell mit der Mehrheitsmeinung und den Vorgaben des Bundesrats und der Bundesverwaltung deckt und auch in Zukunft decken wird.»*

Geschäftsprüfungskommission GPK

Es ist erscheint mir etwas obskur, wenn Du mir zur Beantwortung meiner Fragen zwanzig Seiten von GPK-Verlautbarungen sendest; ich habe nämlich bereits begriffen, dass man wegen der zurückliegenden Corona-Politik um keinen Preis eine PUK wollte und dass die parlamentarische GPK bezüglich Corona-Politik den Bundesrat und das BAG nicht nur entlastet und von jeder Schuld freigesprochen hat; im Gegenteil rühmte diese GPK ja die Covid-Performance des Bundesrats sogar noch und das machen auch die Unterlagen klar, die Du mir geschickt hast. Allfällige Unstimmigkeiten? Fehlanzeige. Eingestehen von Fehlern? Auf keinen Fall. Problematische Grundrechtsentzüge? Niemals! Alles scheint offenbar prima gewesen zu sein; und das bereits länger bekannte kritische Fazit schliesslich, in der Kommunikation seien in Zukunft noch Verbesserungen nötig, ist jener kosmetische Kritikpunkt, der dem Ganzen dann noch den Anstrich der Objektivität verleihen will.

Du schickst mir im Weiteren ein Papier des schweizerischen Heilmittelinstitut zur *Swissmedic*, das die Impfungen als völlig bedenkenlos taxiert. Natürlich ist aber gerade diese *Swissmedic* Teil des Problems und wäre bei einer lückenlosen Aufklärung des Impfdramas ihrerseits auf der Anklagebank. Es ist deshalb höchst problematisch, die Darlegungen der *Swissmedic* hier als *Ultimo Ratio* zu verwenden. Das kann man zwar tun, aber nur unter Miteinbezug dritter Aufsichtsorgane und/oder Expertenmeinungen von Exponenten, die nicht für die bundesrätliche Corona-Politik mitverantwortlich gezeichnet haben.

Deine diesbezügliche Antwort widerspiegelt allerdings die gesamte Problematik: Die Betroffenen und/oder Angeklagten überprüfen sich gleich selbst, um sich und anderen dann - vom Parlament und insbesondere von dessen GPK unwidersprochen - reihenweise Persilscheine auszustellen. Dasselbe gilt übrigens auch in Bezug auf das von Dir beigelegte Schriftstück des *Paul Ehrlich Instituts*: Dieses Institut war ja ein wichtiger Player in der politischen Corona-Agenda, stützte es doch den Kurs der Regierungen bezüglich der Massnahmen und des Impf-Drucks uneingeschränkt und es ist bezüglich der Covid-Agenda (das sollte Dir als Politiker und GSK-Präsident auch bekannt sein) bereits mehrere Male inkorrekt Angaben überführt worden. Er macht mich ratlos, wenn Du mir solche Schriftstücke zukommen lässt zumindest, ohne sie persönlich zu kommentieren und zu werten.

Zu den Unterlagen zur Swissmedic und zur angeblichen Ungefährlichkeit von mRNA

Deine Antwort in Form eines höchst zweifelhaften, vor allem aber längst veraltet erscheinenden Schriftstücks zur *Swissmedic* erscheint mir problematisch - dies erst recht, seit immer neue Unzulänglichkeiten und unerwünschte Impf-Nebenwirkungen zutage treten, die der damaligen Einschätzung der *Swissmedic* widersprechen und diese in Teilen sogar widerlegen.

Tatsache ist, dass die Covid-Impfungen kein reguläres Testprogramm durchlaufen haben; so wurde m. W. etwa kein einziger Test mit Tieren vorgenommen, was sonst obligatorisch ist. Es fragt sich angesichts der im beigelegten Papier behaupteten 30'000 Probanden auch, wie denn in der kurzen Zeit alle diese Studien und Experimente an Menschen hätten zustande kommen sollen - es sei denn, man hat diese Vakzine bereits vor dem angeblich völlig überraschenden Ausbruch des Covid19-Virus entwickelt. Neuen Berichten zufolge gab es offenbar grosse Probleme mit den Versuchen, doch die extrem hohe Todesrate bei Probanden mit dem mRNA-Vakzin ist aber von Pfizer/BioNTech mit voller Absicht nicht gemeldet worden, um eine rasche provisorische Zulassung dieses Impfstoffes nicht zu gefährden. Wie ist Dein Informationsstand hierzu?

Unklare Langzeitwirkung

Du hast mir in diesem Kontext auch nicht auf meine klare Frage geantwortet, ob alle anderen Impf-Entwickler/Hersteller einfach blöd waren, als sie ihre Impf-Produkte vor der Corona-Ära nicht nur ein Jahr, sondern acht bis zwölf Jahre getestet haben, um auch die Langzeitwirkungen zu testen. Auch wenn es noch so hübsch klingt: man kann Testphasen nicht «teleskopieren», weil unerwünschte Langzeitwirkungen - das besagt ja bereits der Begriff 'Langzeit' - in wenigen Monaten nicht überprüft werden können. Darum nochmals die Frage: Waren die Pharma-Konzerne vor der Corona-Ära alle blöd, dumm und einfältig, weil sie sich die nötige (und finanziell intensive) Zeit nahmen, um evtl. auch Langzeitwirkungen abzuwarten? Mich interessiert auch hier Deine persönliche Stellungnahme dazu.

Neue Hintergrundinformationen zu Covid19

Tatsächlich äussern sich zudem immer mehr Whistleblowers, die uns klar machen wollen, dass das ganze Drama unter der Regie des US-Pentagons bereits 2013 seinen Anfang genommen hat. Es sei Dir empfohlen, Deine eigenen Recherchen zu machen. Ich bin mir sicher, dass Du sehr bald auch auf eine Frau namens Sasha Latypova stossen wirst; sie gehörte als Fachkapazität zum inneren Pharma-Zirkel. Was sie aussagt (und schriftlich belegt), ist haarsträubend; ob es so ist, wie sie sagt, kann ich nicht beantworten. Sollte sie recht behalten, würde das aber so einige Unstimmigkeiten der letzten drei Jahre erklären. Vor allem aber müsste dann das Parlament auf ganz andere Art aktiv werden. Oder müsste man als Land dann alles einfach so hinnehmen, weil die USA ein zu mächtiger Player ist? Gerne würde ich Deine Meinung dazu erfahren.

Und abermals neue besorgniserregende Entwicklungen

Gerne würde ich auch Deine persönliche Meinung zu den aktuellen und durchaus besorgniserregenden Entwicklungen bezüglich des angeblich so unbedenklichen mRNA-Impfstoffes in den USA hören: Dort wurde nämlich vom obersten Gericht eine Klage gegen Pfizer zugelassen, weil in den Corona-Impfstoffen die hochgradig krebserregende Substanz SV40 entdeckt worden ist. Dass dieses krebserregende SV40-Virus in den BioNTech/Pfizer-Impfungen enthalten waren bzw. dort nun nachgewiesen worden sind,

wird mittlerweile auch von der Europäischen Arzneimittel-Agentur EMA bestätigt. Es würde mich jetzt interessieren, was Du, Deine Kommission, der Bundesrat, das BAG und die GPK zu diesen tatsächlich haarsträubenden News zu sagen haben und wie Du angesichts der neusten Bekanntwerdungen das Papier zur Swissmedic beurteilst, welches Du mir in Diener Rückmeldung vom 26. Oktober im Anhang geschickt hast - ein Papier, in dem die Corona-Impfungen als völlig unbedenklich dargestellt werden.

Und es geht weiter mit Meldungen, die ich von euch Politikern/innen nicht kommentiert bekomme; man hört jetzt auch, dass eine norwegische Studie bereits vor weit über zwei Jahren festgestellt hat, dass die mRNA-Impfungen bei Frauen Blutungen auch nach der Menstruation verursachen. Unbeantwortet bleibt hier die Frage, warum diese Studie (und deren unangenehmen Fazit) zwei Jahre unter Verschluss gehalten und damit den Impfwilligen völlig zu Unrecht vorenthalten worden ist. Was weisst Du davon? Und hast Du eine Meinung dazu?

Die Interpellation von Nationalrat Jean-Luc Addor

Du hast mir verschiedene Interpellationen von Ratskollegen zukommen lassen, wobei auffällt, dass Du Dich als GSK-Präsident selbst allem Anschein nach zu keinem Zeitpunkt genötigt sahst, auf dem Weg einer Interpellation ebenfalls Antworten auf evident bestehende Widersprüche in den bundesrätlichen Verlautbarungen in Bezug auf Impfung und/oder Zertifikat oder die WHO einzufordern.

Die von Dir an mich weitergereichte Anfrage von Nationalrat Jean-Luc Addor etwa stellt die richtigen Fragen, die Antworten des Bundesrats dazu sind allerdings geradezu erschütternd schnoddrig und sie enthalten sogar nachweislich Unwahrheiten. Der Bundesrat versteigt sich in seiner Antwort schlicht in eine Falschaussage, wenn er nämlich bestreitet, dass die Impfungen nicht experimentellen Charakter gehabt hätten. Bereits die Tatsache, dass die Covid-Impfungen nur bedingt und provisorisch zugelassen worden sind, weist sie sowohl de facto als auch de jure als experimentell aus. Das ist die allgemeine und anerkannte Praxis und Definition, die auch dem Bundesrat bekannt sein muss. Und der Bundesrat ist auch in einem herrschenden Notrecht nicht berechtigt, hier die gängigen gesetzlichen Definitionen ausser Kraft zu setzen. Derart falsche Auskünfte müssten von einem Parlament sofort erkannt und umgehend zurückgewiesen werden. Wenn das nicht geschieht, muss man entweder mangelnde Sorgfalt oder Desinteresse vermuten - beides aber hat bei der Ausübung eines parlamentarischen Amtes nichts zu suchen.

Dass der Bundesrat auf die Anfrage von Nationalrat Addor beweisbar mit einer Unwahrheit operiert hat, zeigt auch der inzwischen vollständig geleakte Vertrag, den Pfizer mit der deutschen Regierung abgeschlossen hat. Ich kann mir beim besten Willen nicht vorstellen (und Du Dir wahrscheinlich auch nicht), dass der Schweiz in dieser Hinsicht ein anderer Vertrag vorgelegt worden ist als der deutschen Regierung. Die Formulierung in der nachfolgend zitierten Vertragspassage macht denn auch klar, dass es sich hier um einen Standardvertrag handelt, den alle «Mitgliedstaaten» (gemeint sind jene Staaten, die bei Pfizer-Impfstoffe bestellt haben), unterzeichnet haben. Eine besonders brisante Passage auf Seite 48 im Absatz 4 widerlegt nun ganz klar die vom Bundesrat

aufgestellte Behauptung, denn sie zeigt, wie experimentell die mRNA-Impfung unterwegs war:

Der teilnehmende Mitgliedstaat anerkennt, dass die langfristigen Auswirkungen und die Wirksamkeit (der Impfungen) nicht bekannt sind und dass der Impfstoff unerwünschte Wirkungen haben kann, die derzeit nicht bekannt sind.

Mich interessiert Deine persönliche Stellungnahme zu dieser Vertragspassage, welche die Aussagen des Bundesrates definitiv Lügen straft. Es fragt sich auch, ob ein derart vages Versprechen eines Anbieters vertraglich anzuerkennen ist, insbesondere in Bezug auf die Nebenwirkungen, für die die Hersteller aufgrund eines solchen Vertragswerks zu keinem Zeitpunkt mehr haftbar gemacht werden können.

Ich möchte in diesem Zusammenhang weiter von Dir wissen, warum Du und die anderen Volksvertreter es in Ordnung fanden, keinen Einblick in die Verträge zu erhalten. Dass damit Patentrechte der Firmen verletzt worden wären, ist eine äusserst billige Ausrede. Gerade der oben zitierte Passus etwa hat rein gar nichts mit Patenschutz und dergleichen zu tun. Und: Wir wissen beide, dass Parlamentarier oder immerhin parlamentarische Kommissionen zu derartigen Dokumenten stets und unter allen Umständen Zugang haben müssen, eine international geltende Usanz, die auch eine herbeigeredete Panik nicht ausser Kraft setzen darf. Es scheint aber fast so, dass das Parlament gar kein Interesse am Inhalt dieser Verträge gehabt hat; eure Reaktionen auf die Vorenthaltungen hielten sich nämlich sehr in Grenzen.

In Deiner Rückmeldung vom 26. Oktober bist Du schliesslich auch mit keinem Wort auf die Problematik der grossflächigen Verabreichung der Vakzine auch an Nicht-Risikopatienten eingegangen, obwohl dies in dieser offensiven Art gar nicht erlaubt gewesen wäre oder höchstens mit dem klaren Hinweis auf bestehende Risiken. Auch schweigst Du zu den ungesetzlichen Anreiz- und Zwangsmassnahmen seitens des Bundes und zum daraus folgenden offenen Bruch des Nürnberger Kodex. Ich ersuche Dich, dies nachzuholen und hier klar Stellung zu beziehen.

Internationale Impfallianz GAVI

Auch sind Nationalrat Addors Fragen bezüglich der GAVI (internationale Impfallianz) völlig präzise und in ihrem Inhalt brisant; die Antwort und Argumentation des Bundesrats indessen bewegen sich hier in etwa auf einem bedenklichen Niveau: *«Nein, nein, das stimmt nicht; alles ist völlig in Ordnung. Es ist prima. Und wir sehen das im Übrigen eben anders»*. Reicht es Dir als Parlamentarier tatsächlich, wenn der Bundesrat Auskünfte auf derartig tiefem Niveau erteilt - Auskünfte, die die herrschenden und sogar weit herum bekannten Fakten ignorieren?

Auch die Fragen von Addor bezüglich der Verbindungen von Bill Gates und der privaten Organisation GAVI und der zumindest in Teilen privat strukturierten WHO werden derart schnoddrig beantwortet, dass man sich fragen muss, ob überhaupt noch jemand recherchiert oder die wichtigen Fragen stellt, etwa, wie es mit den Geldspenden steht, die

die Schweizer Fach- und Überprüfungsstellen von Gates bzw. von der *Bill und Melinda Gates Stiftung* offenbar entgegengenommen haben. Es stellen sich auch Fragen hinsichtlich der Tatsache, dass die GAVI als gänzlich private Organisation eine Fülle von Privilegien besitzt, die höchstens der UNO oder diplomatischen Einrichtungen zustehen. Wie kam das eigentlich alles? Mich würde hierzu Deine persönliche Stellungnahme interessieren.

Verunreinigte Impf-Chargen

Zum Thema der möglicherweise verunreinigten Impfchargen schreibst Du, dass das die Swissmedic zu prüfen habe. Ja, natürlich hat sie das zu prüfen, was denn sonst? Die Frage aber war und ist, was Du als Ständerat und SGK-Präsident dazu zu sagen hast. Und:

- Wie lange braucht denn die Swissmedic so in etwa für die Abklärungen dieser Fakten, die ja bereits auf dem Tisch liegen?
- Auf welche Weise machst Du (und Deine Kommission) Druck, dass das sofort geklärt wird?
- Wirst Du Dich im Falle einer Schuld der Hersteller bezüglich verunreinigter und gesundheitsgefährdender Verunreinigungen nachdrücklich für eine Klage gegen die Hersteller vernehmbar einsetzen?

Ich glaube, ich habe in meinem Brief vom 13. Oktober 2023 eine sehr übersichtliche Strukturierung eingehalten. Darin ist denn auch klar ersichtlich, dass die Problematiken der verunreinigten Chargen und das Resultat der dänischen Studie bezüglich der offenbar verabreichten 30 Prozent Placebo keinesfalls identisch sind: Beim einen geht es um eine letale Verletzung der Sorgfaltspflicht, beim anderen bestünde der dringende Verdacht eines unbotmässig bzw. angesichts der Ahnungslosigkeit der Geimpften sogar kriminell vorgenommenen Experiments. Es irritiert mich deshalb sehr, dass Du in Deiner Antwort diese beiden Dinge so einfach vermischst, zumal allfällige Konsequenzen auf diese beiden allfällige Delikte unterschiedlicher Natur wären und die Reaktion der Schweiz als Staat jeweils auch entsprechend verschieden ausfallen müsste. Ich hätte mir zwei präzisere Antworten gewünscht und hoffe, diese von Dir noch zu erhalten.

WHO

Bezüglich des neuen WHO-Vertrags weist Du darauf hin, dass die Verhandlungen laufen (das weiss ich allerdings selbst und das steht ja auch so in meinem Brief); das müssen sie wohl auch, denn m. W. soll dieses Vertragswerk bis zum 23. Mai 2024 international unter Dach und Fach sein; der Deutsche Bundestag hat den Vertrag übrigens am 12. Mai 2023 - in befremdlicher Weise von den Medien gänzlich unkommentiert - bereits durchgewunken.

Du schreibst, dass laut den Beteuerungen des Bundesrats die demokratischen Abläufe gewahrt bleiben würden. Wieviel die Garantien des Bundesrats wert sind, hat sich

allerdings in den beiden Corona-Jahren gezeigt, als nicht weniger als acht Artikel der Bundesverfassung (Art. 10, Art.13, Art.17, Art.19, Art. Art. 22, Art. 23, Art. 27 und Art. 34) verletzt worden sind und erst recht, als aus einer völligen Negierung eines Impfzwangs ein faktischer Zwang wurde und entgegen allen anfänglich gegenteiligen Beteuerungen schliesslich mit dem Covid-Zertifikat die Verfassung und die Grundrechte eben doch auf monströse Weise verletzt worden sind.

Du hast mir dazu verschiedene Anfragen von Ratskollegen zugesandt (und wieder frage ich mich, warum sich unter diesen Anfragen keine Anfrage eines Ständerat Ettlins befinden). Besonders irritierend erscheint mir in den Antworten des Bundesrats, dass man in dieser Sache lediglich das Parlament in einen möglichen Vertragsabschluss miteinbeziehen will. Dieser neue Vertrag würde der WHO aber eine Fülle von Befugnissen übertragen, die über der Schweizer Verfassung stünden. Es handelt sich hier deshalb faktisch und rechtlich um eine Verfassungsänderung, da bei einer Annahme des Vertrags nämlich eine zu einem grossen Teil private Organisation nationales Recht und sogar die Verfassung brechen darf. Verfassungsänderungen gehören m. W. aber dringend vor das Volk. Oder liege ich da falsch? Gerne hätte ich Deine persönliche Meinung dazu:

- Wie stehst Du dazu?
- Hast Du vor, die Diskussion zu diesem geplanten neuen Vertragswerk mit der WHO in die demokratische Öffentlichkeit zu verlagern? Oder bist Du der Meinung, dass man selbst WHO und Verfassungsänderungen im Notrecht durchschleusen soll?

Ich fragte Dich in meinem beiden Schreiben auch nach Deiner persönlichen Einschätzung zum Stand der Dinge:

- Wie weit sind diese Verhandlungen fortgeschritten?
- Wer führt für die Schweiz in welchem Kontext und auf welche Weise die Verhandlungen?
- Und: Wie sieht man denn eigentlich die schweizerische WHO-Zukunft in Deiner Kommission, Deiner Partei, im Parlament?

Und am Ende bleibt da auch die Frage an Dich, ob Du auch Du tatsächlich bereit bist, einer internationalen und stark privat wirkenden Organisation die Freiheitsrechte zu opfern und deren Entscheidungen über unsere Verfassung zu stellen. Denn genau das würde mit dem Unterzeichnen des Vertrags passieren. Ich kann nicht verstehen, wie offenbar fast das ganze Parlament seelenruhig der Dinge harret, die da kommen. Konkret: Wie stehst Du zur WHO und zu dem drohenden neuen Vertragswerk?

Deine Ausführungen zur sozialen Sicherheit

Deine Ausführungen zur Thematik der sozialen Sicherheit sind für mich in Deinem Schreiben am plausibelsten. Vieles, was Du schreibst, leuchtet mir ein und ich anerkenne, dass Lösungen hier der Quadratur des Kreises entsprechen. Es ist wohltuend, zu erfahren, dass Du meine Frustration teilst und sagst, dass hier zu wenig passiert.

Auch zum Thema Zweiklassemedizin hast Du mir klaren Bescheid gegeben, wie Du es siehst. Dennoch täten hier etwas mehr Details gut. Die Zürcher Gesundheitsdirektorin Natalie Rickli etwa hat sich sehr viel weitergehend geäußert und die Vorschläge, die man vereinzelt hört, weisen in Richtung eines US-amerikanischen Gesundheitssystems, das bei einer weniger betuchten Bevölkerungsschicht gerade noch eine rudimentäre Grundversorgung zulassen würde.

Leider äusserst Du Dich nicht zu der aus allen Fugen geratenen Verbeamtung oder dem Bewilligungswahnsinn, der in immer mehr Fällen jede Verhältnismässigkeit vermissen lässt. Auch konkrete Themen - etwa den Umstand, dass die Besoldung von Staatsangestellten um zwölf Prozent höher ist als in der Privatwirtschaft - behandelst Du in Deiner Antwort nicht.

BAG-Impf-Konzerte

Ein sehr konkreter Fall, den ich dargelegt habe, nämlich die völlig überrissene Finanzierung der vom BAG ausgerichteten fünf Impf-Konzert-Events vom Herbst 2021 als Teil einer staatlichen Impfpropaganda, liegt mir speziell am Herzen, weil er die Hauruck-Methoden, die im Zuge der Corona-Agenda geschehen sind, so trefflich illustriert.

Hierzu vermisse ich noch eine Antwort von Dir. Ich denke aber, die hier vorliegende Unbotmässigkeit ist in ihrer Grösse überschaubar. Darum wäre ich Dir dankbar, wenn Du der Sache nachgehst und Dir eine exakte Budgetierung der Anlässe aushändigen lässt. Solches zu tun ist bei angezeigten Verdachtsmomenten eindeutig Sache der Aufsichtsbehörden; im übertragenen Sinn sind die eidgenössischen Räte ja quasi der Verwaltungsrat, deren Mitglieder von der Geschäftsleitung (Bundesrat und/oder BAG) jederzeit und zu aller Rechenschaft einfordern können und ggf. sogar müssen. Dieses Müssen ist hier gegeben, weil es sich möglicherweise um Veruntreuung von Volksvermögen und ggf. unangemessene Bereicherung von wahrscheinlich privaten Nutzniessern in einem Ausnutzen einer Krisensituation handelt, was, und da bist Du sicher einig mit mir, ganz klar und sehr rasch entsprechende Korrekturen bzw. Sanktionen einfordern würde.

Deine Ausführungen Initiative für Freiheit und körperliche Unversehrtheit

Es irritiert mich, wenn Du behauptest, der Stellungnahme des Bundesrats zur Initiative für Freiheit und körperlichen Unversehrtheit sei nichts anzufügen.

Niemand verlangt selbstverständlich von Dir oder jemandem anderem, eine Initiative eins zu eins zu übernehmen oder zu erfüllen. Dass hier ein grosser Teil des Anliegens aber richtig ist, wirst Du aber sicher nicht bestreiten. Ich bin mit Dir einig, dass die Initiative in ihrer Form zu weit geht; doch genau da kommt das Parlament ins Spiel: Wenn nämlich eine Initiative in ihrer Stossrichtung richtig ist und das Anliegen anerkannt wird, bemüht ihr euch in den Räten für gewöhnlich, einen Gegenvorschlag auszuarbeiten. Das habt ihr hier nicht getan und das vermittelt eben doch den von mir formulierten Verdacht, dass

Parlament und Bundesrat weiterhin an den Parametern des Covid-Gesetzes festhalten wollen und dass man in Bern am Notrecht Gefallen gefunden hat. Und dass bedeutet wohl auch, dass man am Ende den WHO-Vertrag ohne Rücksprache mit dem Volk aus Gründen eines angeblich internationalen Drucks eben doch unterschreiben wird.

Die Verantwortung bleibt bestehen

Du hast mir Deine Rolle als Kommissionspräsident, wie Du sie verstehst, erläutert. Natürlich wärest Du aber frei, sie anders zu deuten, da es sich bei der von Dir propagierten Zurückhaltung ja, wie Du selbst schreibst, um ein ungeschriebenes Gesetz handelt. Doch haben die Obwaldnerinnen und Obwaldner Dich als Ständerat gewählt, damit Du ihre Interessen in Bern vertreten sollst und die dringenden Fragen an die entsprechenden Stellen weiterleitest - mit dem nötigen Nachdruck, versteht sich. Dazu gehört eben auch Stellung zu nehmen, Kontroversen einzugehen, auch Widerspruch zu riskieren und die Anliegen Deiner Obwaldnerinnen und Obwaldner insbesondere in den hier behandelten Themenkreisen zu vertreten.

Vor allem aber gehe ich davon aus, dass Du auch die geschriebenen Gesetze und erst recht die Verfassung ernst nimmst und deren Einhaltung überwachst. Die bundesrätliche Politik der Corona-Jahre haben mehrfach gegen Gesetze und gegen die Verfassung verstossen und es versteht sich von selbst, dass man das sicher auf keinen Fall so stehen lassen kann - gleichgültig, ob eine Aufarbeitung und ein zur Rechenschaft ziehen der Fehlbaren noch Jahre beanspruchen wird. Wenn Dich aber ein angeblich herrschendes ungeschriebenes Gesetz zu Deinem Präsidialamt daran hindert, diese Aufgaben wahrzunehmen, für Die Du gewählt und vereidigt worden bist, erscheint mir das bedenklich.

Mein Vorschlag

Lieber Erich, ich weiss, es ist wieder ein langer Brief geworden. Aber nur, weil es scheinbar auch ein ungeschriebenes (und für Politiker übrigens überaus angenehmes) Gesetz gibt, nicht nachzufragen oder nachzuhaken, kann ich jetzt nicht damit aufhören, genaue Auskünfte zu erfragen, insbesondere in Themen, die unseren Rechtsstaat und unsere Demokratie in jüngster Vergangenheit derart krass beeinträchtigt haben. Ich tue das aber auch, weil ich an die Wichtigkeit eines stetigen Diskurses glaube. Und ebendieser ist in den letzten Jahren in der Politik und leider auch in der Wissenschaft verloren gegangen.

Deshalb mein Vorschlag:

Gerne lade ich Dich zu einem vielleicht einstündigen Gespräch/Interview ein und wir zeichnen es in einem privaten Studio auf. Wir behandeln die von mir gestellten Fragen quasi live, da nach Ende der Diskussion keine Schnitte an den Aufnahmen vorgenommen werden. Ich werde dieses quasi Live-Gespräch danach auf YouTube und/oder auf meiner Webseite veröffentlichen.

Ich hoffe, Du anerkannt diesen positiven Vorschlag; es wäre dies nämlich eine Chance, das Vertrauen in die Politik und in die Behörden wieder herzustellen. Angesichts der

Entwicklungen und der neuen Erkenntnisse ist es nämlich wichtig, dass Du mir und vielen anderen Obwaldnerinnen und Obwaldnern, aber auch anderen Mitbürgerinnen und Mitbürgern als gesetzgebender Politiker und Gesundheitskommissionspräsident, vor allem aber als Obwaldner Ständerat erst recht angesichts der extremen Einschränkungen und der vom Corona-Regime mitheraufbeschworenen Hetze gegen Andersdenkende und Spaltung in der Bevölkerung klare und präzise Antworten gibst.

Solltest Du meinen Vorschlag nicht annehmen, kann und wird auch das nicht das Ende unserer Diskussion bedeuten. Was heisst: ich werde nicht aufhören, weiterhin vernehmlich jene Fragen zu stellen, die Du auch nach nunmehr fünf Monaten nicht befriedigend beantwortet hast oder die sich aufgrund neuer Entwicklungen und Enthüllungen ergeben. Angesichts Deines Amtes und Deiner Position stehst Du nämlich bei diesen Fragen eindeutig in der Pflicht und in der Verantwortung.

Schlussgedanken

Dein persönliches Schreiben werde ich in den kommenden Tagen zusammen mit meiner hier vorliegenden Replik wie versprochen auf meiner Website und unter entsprechendem Hinweis in den sozialen Medien aufschalten. Ich werde aber darauf verzichten, die vielen Anhänge auf meiner Website ebenfalls zu publizieren; dies, weil das zum einen zu weit führen würde, zum anderen aber auch, weil ich Dich am 12. Juni und am 13. Oktober ja explizit um Deine persönlichen Stellungnahmen gebeten habe.

Solltest Du also alle diese Anhänge und angegebenen zusätzlichen Links als Erklärung zu Deinen persönlichen Zeilen oder sogar Rechtfertigung Deiner Position für dringlich erachten, schlage ich vor, dass Du sie auf Deiner Website veröffentlichst. Und sollte jemand alle Deine Unterlagen im Anhang einsehen wollen, können sie diese ja auch direkt bei mir oder eben direkt bei Dir anfordern.

Gerne erwarte ich Deine zeitnahe Rückmeldung. Für Deine Bemühungen danke ich Dir herzlich und ich verbleibe

Mit besten Grüßen



Luke Gasser